

Programmbereich „Partnerschaften für Demokratie“ 2025

Ziele:

- Zielgerichtete Zusammenarbeit aller vor Ort relevanten Akteuren für Aktivitäten gegen: lokale Formen von Extremismus (insb. Gegen Rechtsextremismus, Ideologien der Ungleichwertigkeit, Gewalt, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit)
- Unterstützung Entwicklung eines demokratischen Gemeinwesens unter aktiver Beteiligung der EinwohnerInnen → beitragen zur nachhaltigen Entwicklung lokaler und regionaler Bündnisse
- Gleichberechtigte Teilhabe aller
- Partnerschaftliches Zusammenwirken insb. Kommunale Verwaltung und Zivilgesellschaft

Zielerreichung in 8 Jahren Laufzeit in Handlungsfeldern Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention:

Demokratische Selbstwirksamkeit ermöglichen und stärken

- Konzipieren von teilhabeorientierten Maßnahmen und innovativen Formaten (gemeinsam mit Zielgruppe) für ermöglichen von Erleben demokratischer Selbstwirksamkeit im unmittelbaren Lebensumfeld
 - Wirkung: Aufbau von Vertrauen in demokratische Prozesse, in AkteurInnen und Institutionen
 - Vermittlung von Wissen und praktische Erfahrungen über Demokratie und ihre Funktionsweise
 - Aktivierung von Beteiligungschancen
 - Besondere Aufmerksamkeit Engagement von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Demokratische Bündnisse erweitern

- Gewinnung von UnterstützerInnen und BündnispartnerInnen → Schaffung breite lokale Verantwortungsgemeinschaft
- Aufsuchen von weiteren im Fördergebiet aktiven Programmen mit ähnlicher Zielsetzung

Handlungssicherheit mit lokalen Herausforderungen erhöhen

- Handlungssicher im Umgang mit lokalen Herausforderungen (z.B. rechtspopulistische und rechtsextremen AkteurInnen und deren Aktivitäten)

Demokratischeskeptische Menschen ansprechen

- Proaktiver, konstruktiver Umgang mit Thema Demokratieskepsis
- Teilhabeorientierte Maßnahmen in jeweiliger Lebenssituation
- Artikulations- und Reflexionsräume geben
- Ermutigen an demokratische Gestaltungsmöglichkeiten zu partizipieren und darin Selbstwirksamkeit zu erfahren

Kompetenzen im Umgang mit Konflikten stärken

- Ausbau Kompetenzen zur Konfliktbearbeitung
- Förderung strukturelle Rahmenbedingungen zur Realisierung einer nachhaltigen, demokratischen Dialog- und Konfliktkultur

Schutzkonzepte für zivilgesellschaftliche AktuerInnen und Solidarität schaffen

- KuF und Federführendes Amt erarbeiten eigenes Schutzkonzept
- Befähigung durch Unterstützung demokratischer zivilgesellschaftlicher AktuerInnen zur Entwicklung eigener Schutzkonzepte – insb. In Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden und Beratungsprojekten
- Partnerschaften sensibilisieren mit AktuerInnen antidemokratische Gefährdungen und treten für Betroffene von demokratie- und menschenfeindlichen Bedrohungen und Übergriffen ein

Zielgruppen:

- Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene
- Deren Bezugspersonen (Erwachsene)
- Fachkräfte und MultiplikatorInnen
- Zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure
- Lokale Unternehmen
- Kommunalpolitik
- Sicherheitsbehörden
- Bündnispartner
- Breite Öffentlichkeit
- Medien

Aufgaben und Aufbau

- BGA ab 2025 = *Bündnis*
- Federführendes Amt und KuF berufen, organisieren und gestalten gemeinsam ein Bündnis (partizipativer Prozess) und ein Jugendforum
- Federführendes Amt bildet Ämternetzwerk (Schnittstelle zu allen relevanten kommunalen Angeboten, Umsetzung Leitziele des Bundesprogramms und Ziele der Pfd in Verwaltungshandeln)
 - Ämternetzwerk soll spätestens zum Ende des ersten Förderjahrs etabliert sein
 - Alle Ämter die Teil des Ämternetzwerks bilden sind Teil des Bündnisses
- Bündnis muss stets mehrheitlich mit stimmberechtigten, zivilgesellschaftlichen Organisationen besetzt sein
- Jugendforum muss angemessen im Bündnis stimmberechtigt vertreten sein
- Bündnis soll auf ersten Sitzung mehrheitlich entscheiden welche weiteren Mitglieder ins Bündnis gewählt werden können
- Ansprechen folgender Organisationen (soweit vorhanden):
 - AktuerInnen aus dem Bereich Arbeitswelt, Beratungsstellen /-teams, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Integrations-/Gleichstellungsbeauftragte, Jugend- und Sozialämter, Kitas, Kirchen und Religionsgemeinschaften, LSBTIQ*-Organisationen, Medien und Internet-AkteurInnen, MigrantInnen-Organisationen, Mobile Beratung, Opferberatung, Polizei, Schulen, staatliche Organisationen, Verbände und Vereine, VertreterInnen Jugendforum
- Erstellung Situations- und Ressourcenanalyse mit identifizierten Herausforderungen im 1. Halbjahr durch Mitglieder des Bündnisses → Entwicklung kommunales, bedarfsorientiertes Handlungskonzept mit strategischen Zielen
 - Enthält konkrete lokale/regionale Herausforderungen im Rahmen der Ziele des Programmbereichs Pfd bzw. Leitziele Bundesprogramms

- Wird regelmäßig auf Arbeits- und Vernetzungstreffen („Demokratiekonferenzen“) und Bündnistreffen (anlassbezogen) diskutiert, aktualisiert und fortgeschrieben
- Erstellung Geschäftsordnung
 - Grundlagen und Regeln der Zusammenarbeit des Bündnisses
 - Mehrheitliche Besetzung mit stimmberechtigten zivilgesellschaftlichen Organisationen, Beschlussvorlagen, Vermeidung von Doppelfunktionen und Interessenskonflikten, Umgang mit Problemen, Abwahl und Ausschlusskriterien, Neubesetzungen
- Mind. 1x Demokratiekonferenz
- Max. 140.000 Euro pro Jahr (vorbehaltlich Haushaltssituation) je Pfd
 - Anmerkung vom Informationsforum vom 19.03.:
 - *in das Interessenbekundungsverfahren kann die gewünschte Summe eingetragen werden, 140.000 sei die Basisförderung*
 - *Formular für Interessenbekundungsverfahren noch nicht fertig, sei aber für bestehende PfdS keine neue Herausforderung*

Vollständiger Text:

<https://www.demokratie-leben.de/demokratie-leben-2025/bundesprogramm-demokratie-leben-ab-2025/programm-bereich-partnerschaften-fuer-demokratie>